

Märkische Linke

Infoblatt – DIE LINKE – Ostprignitz-Ruppin

April 2016

04/2016

Herz statt Hetze Eine super Regionalkonferenz

Das war eine wirklich gute Konferenz. Sie hat uns etwas gebracht, und wir sind uns wieder sicherer geworden, dass wir auf dem richtigen Weg sind. So oder ähnlich war das Fazit vieler Teilnehmer, die sich am 17. März im voll besetzten Saal des Sportcenter Neuruppin eingefunden hatten.

Nachdem unser Kreisvorsitzender Paul Schmudlach die Anwesenden begrüßt hatte, sprach der stellvertretende Landesvorsitzende, Genosse Sebastian Walter, über die aktuelle Entwicklung der Landespolitik. Sebastian ist genauso wie Paul ein Beispiel dafür, wie sich unsere Partei verjüngt.

Hauptredner des Abends war Genosse Helmuth Markov, Minister der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg. Er sprach über die aktuelle politische Lage, aber vor allem über die Situation in unserer Partei. Ja, wir werden oft nicht mehr als die Partei,

die für soziale Sicherheit, gegen Armut und Kriegseinsätze kämpft, wahrgenommen. Ja, wir sind nicht mehr soviel, wie noch vor 10 oder 15 Jahren, in den Vereinen und Organisationen vor Ort präsent. Vielleicht haben wir uns doch zu sehr mit uns beschäftigt und haben dafür schon bei der letzten Landtagswahl die Quittung bekommen.

Ja, wir müssen wieder mehr auf das Volk zugehen und offensiver unsere Politik erläutern. Wir müssen auch den Menschen die reaktionäre Politik der AfD vor Augen führen. Nur wenn wir geschlossen und getreu unseren Prinzipien überall dort, wo wir tätig sind, arbeiten, werden die Menschen uns auch wählen, so seine Worte. (Während dieser gut halbstündigen Rede war es so still im Saal, dass selbst das Klicken des Auslösers meines Fotoapparates als störend empfunden wurde.)



Helmuth Markov bei seiner emotionalen Rede Foto: Hartmut Buschke

Kathrin Dannenberg, stellvertretende Fraktionsvorsitzende unserer Landtagsfraktion und Sprecherin für Bildungs- und Sportpolitik, erläuterte anschließend, untermauert durch Schaubilder, die linke Bildungspolitik in Brandenburg.

Im Anschluss hatten die Teilnehmer die Möglichkeit, sich in drei interessanten Gesprächskreisen (Kommunen/Finanzen/Verwaltungsstrukturreform, Bildungspolitik und offene Runde) direkt mit den Landespolitikern auszutauschen.

Achim Müller

Eine gute Tradition

Nun schon zum vierten Mal fand auf Initiative der LINKEN und mit tatkräftiger Unterstützung der Bundestagsabgeordneten Kirsten Tackmann ein gemeinsames Treffen von Bedürftigen und ehrenamtlichen Helfern in den Räumen der Ausgabestelle Rheinsberg der Neuruppiner Tafel statt. Einst als Maßnahme im

Rahmen des Wahlkampfes entstanden, hat sich die Gesprächsrunde zu einer guten Tradition gemausert und wird von vielen angenommen. Seit diesem Jahr gehören auch immer mehr Flüchtlinge zu den Nutzern der Tafel.

Uwe Witt
Rheinsberg



Foto: Paul Schmudlach

Das Aktionsbündnis »Neuruppin bleibt bunt« ruft auf zur 3. Montagsdemo

»Solidarisch, demokratisch, vielfältig leben - den Sozialstaat gegen AfD-Wildwuchs verteidigen!« lautet diesmal das Motto.

Den Hetzparolen der Populisten vom rechten Rand werden Fakten über deren wirkliche Motive gegenübergestellt.

Trauriger Anlass: der »nordhessische Ausbreitungstyp« Björn Höcke (AfD Thüringen) kommt zum Redenschwingen nach Neuruppin. Höcke ist zwar schon von der eigenen Parteispitze wegen »politischer Torheit« abgewatscht worden; das hält die AfD OPR aber nicht davon ab, den Amateurbiologen ans Rednerpult zu stellen. Ob er wieder in völkisch-rassistischer Manier über Mäuse und Menschen fabulieren wird?

Vielleicht schickt die Parteileitung nach diesem Auftritt die AfD's Thüringen und OPR ihren saarländischen Kameraden hinterher - massenhafter Parteiausschluss, schön wär's!

Die Kundgebung beginnt am 18. April 2016 um 18 Uhr auf dem Schulplatz in Neuruppin.

Andere reden, wir handeln!

Der Landtag Brandenburg hat das neue Landesaufnahmegesetz beschlossen. Brandenburg ist damit das einzige Bundesland, das trotz der gesteigerten Zahl der Menschen, die bei uns Zuflucht suchen, die Standards für ihre Aufnahme, Unterbringung und Versorgung und damit ihre Chancen auf Integration erhöht. Das jetzt beschlossene Gesetz ist ein Kompromiss zwischen den Interessenslagen.

Was wird im Gesetz neu geregelt? Wir werden den Betreuungsschlüssel bei der sozialpädagogischen Betreuung verbessern. Von aktuell 1:120 über 1:80 auf 1:70. Das ist fachgerecht und wird die Kommunen finanziell entlasten. Es wird eine fallunabhängige Struktur der Migrationssozialarbeit mit landesweit 54 Stellen in den Landkreisen und kreisfreien Städten geschaffen. Die Kommunen können diese konzeptionell untersetzt für die Sozialberatung, das Erkennen besonderer Schutzbedürftigkeit, die psychosoziale Betreuung und auch für die Unterstützung und Koordination ehrenamtlicher Strukturen einsetzen.

Die Unterbringung in Wohnungen wird forciert, indem die Investitionspauschale für die Schaffung von Unterbringungsplätzen

Zwischenruf

Von Achim Müller

Die Pressefreiheit ist in Deutschland ein hohes Gut und im Grundgesetz, Artikel 5 verankert. Zur Pressefreiheit gehört auch, dass die Medien (Zeitung, Rundfunk, Fernsehen usw.) Berichte, Sendungen aber auch Satire nach eigener Einschätzung bringen können. Dabei unterliegen sie keinerlei rechtlicher oder politischer Zensur.

Einigen Despoten, die in ihren Ländern die Medien unter ihrer Kontrolle haben, passt das nicht und es ist ihnen unverständlich. Wenn das aber Ausmaße wie beim türkischen Präsidenten Erdogan annimmt, der kritische Journalisten vor Gericht zerren lässt und ihnen jahrelange Haftstrafen drohen, dann sollte er sich nicht wundern, wenn Satiresendungen wie »Extra 3« des NDR eine Parodie darauf senden. Darin heißt es z.B. bezug nehmend auf seinen Palast: »Erdowie, Erdowo, Erdowahn« ... »Er lebt auf großem Fuß, der Boss vom Bosphorus«. Und weiter: »Ein Journalist, der was verfasst, das Erdowahn nicht passt, ist morgen schon im Knast«. Und zu Bildern vom Treffen Merkel mit Erdogan, wo sie das Flüchtlingsabkommen besiegen,

künftig auch auf Wohnungsunterbringung ausgeweitet wird. Und die gesundheitliche Versorgung wird verbessert durch die Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte. Mit dieser können wir leider die diskriminierenden Regelungen des Asylbewerberleistungsgesetzes nicht abschaffen, aber wir können zumindest die Entscheidung, ob jemand ärztlich behandelt werden muss oder nicht, in ärztliche Hände legen. Und das Land übernimmt vollständig die Kosten der gesundheitlichen Versorgung.

Die gute Unterbringung, Versorgung und Integration derjenigen, die zu uns geflüchtet sind, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Ich danke denjenigen, die in den Kommunen, in den Unterkünften, bei freien Trägern, in Vereinen und Verbänden, in Unternehmen, bei Bildungseinrichtungen und als Ehrenamtliche und Paten die Unterbringung und Betreuung, die gesundheitliche und psychosoziale Versorgung und die Integration der Geflüchteten mit Leben erfüllen.

Andrea Johlige, MdL
Sprecherin für Asyl- und Flüchtlingspolitik
(Artikel redaktionell gekürzt)

kommt der Text: »Sei schön charmant, denn er hat dich in der Hand«.

Diese Parodie war Anlass dafür, dass der deutsche Botschafter ins türkische Außenministerium einbestellt wurde. Hier wurde lt. Auswärtigen Amt klargestellt, dass Presse- und Meinungsfreiheit hohe Güter in Deutschland seien.

Dass es aber auch in Deutschland Kräfte gibt, für die die Pressefreiheit ein Problem darstellt, zeigt sich bei der AfD. »Lügenpresse« ist ein Slogan von AfD und Pegida. Deshalb will die AfD lt. Programmtext auch ARD und ZDF abschaffen. Wenn es aber darum geht, sich zu profilieren, schreckt die AfD-Spitze (Frauke Petry mit Lebensgefährten Marcus Pretzell) auch nicht davor zurück, sich auf dem gesellschaftlichen Top-Ereignis, dem Bundespresseball, zu präsentieren.

Der Höhepunkt ist aber eine Meldung vom 5. April. Es wurde bekannt, dass das Konto der AfD-Europaabgeordneten Beatrix von Storch wegen nicht gezahltem Rundfunkbeitrag gepfändet wurde. Bereits etwa zwei Wochen vorher schrieb Storch unter anderem in einem Beitrag: »GEZ abschaffen! Bildung statt Propaganda. Argumente statt Hetze«.

Dazu fällt mir nur noch ein: Menschenrechte JA - rechte Menschen NEIN!

Kommentar

Das erschüttert sein demokratisches Grundverständnis

Nun durfte auch er einmal. Unser Genosse Helmuth Markov hatte in seiner Eigenschaft als Minister für Justiz, Europa und Verbraucherschutz die Möglichkeit, für zwei Stunden im Leseraum im Bundeswirtschaftsministerium die hunderte Seiten TTIP-Dokumente zu lesen. Im Anschluss daran zeigte er sich enttäuscht. Darf er doch nichts darüber sagen, was er gelesen hat. Aber auch andere Politiker kritisieren diese Praxis. So sagte Katja Kipping, die Parteivorsitzende: »Es ist bezeichnend, welchen Aufwand das (von Gabriel geleitete) Wirtschaftsministerium betreibt, um den Text geheim zu halten.« Und weiter: »Wer sich ... am Ausverkauf der Demokratie beteiligt, scheut offensichtlich das Licht der Öffentlichkeit.«

Auch Markov sagte in einem Interview: Ich darf nicht sagen, was ich gelesen habe. Aber, wer Helmuth Markov kennt, weiß, wie einfallreich er ist. Deshalb sagte er, dass er jedoch darüber sprechen könne, was er nicht in den Dokumenten gefunden hat. Beispielsweise, ob die USA die internationalen Arbeitsschutzstandards respektieren, wie der Umgang mit der geografischen Kennzeichnung von Produkten erfolgt und wie das Problem der Schiedsgerichte gelöst werden soll. Außerdem vermisst er Aussagen über die Daseinsvorsorge, und welche Vorteile kleine und mittelständische Unternehmen von TTIP haben.

Insgesamt kritisiert Helmuth Markov genauso wie andere LINKE und grüne Politiker das Einsichtnahmeverfahren als »etwas für Privilegierte«. Es findet keine gesellschaftliche Debatte statt, bemängelt er weiter. Dass er kritische Punkte nicht öffentlich kommentieren darf, erschüttere ihn in seinem demokratischen Grundverständnis. Wer die Lesemöglichkeit für einige »Auserwählte« als Fortschritt bezeichnet, verkennt die tatsächliche Bedeutung des Wortes Demokratie, wie wir sie dem Grundgesetz nach kennen, ist Markovs Einschätzung. Ist dies doch ein weiteres Beispiel dafür, dass diese Bundesregierung die Ängste und Befürchtungen der großen Mehrheit der Bürger, die gegen TTIP sind, ignoriert.

Da braucht man sich nicht zu wundern, wenn Teile dieser Verängstigten den Parolen von AfD und PEGIDA mit ihren Ablegern auf den Leim gehen und diese Rechtspopulisten wählen.

Achim Müller

Willkommen!

Auch in den ersten Monaten dieses Jahres konnte der Kreisverband OPR wieder neue Mitglieder begrüßen.

Fehrbellin wurde verstärkt durch:

Lucas Born, 18 Jahre
Carl Freydank, 19 Jahre

In Neuruppin sind eingetreten:

Rayk Bekter, 50 Jahre
Pascal Stolle, 20 Jahre
Nicole Tornow, 40 Jahre

Der Regionalverband Temnitz erhielt Verstärkung durch:

Maximilian Papenbrock, 19 Jahre

In Wittstock ist Mitglied geworden:

Sheila Katiofsky, 16 Jahre

Aus einem anderen Kreisverband zugezogen ist Christoph Benn, 35 Jahre.

Wir begrüßen alle auf das herzlichste!



Eine der schauerlichsten Folgen der Arbeitslosigkeit ist wohl die, das Arbeit als Gnade vergeben wird.
Tucholsky

1. Mai 2016

Vor 130 Jahren beschlossen die amerikanischen Gewerkschaften, am 1. Mai 1886 einen mehrtägigen Generalstreik zur Durchsetzung einer täglich achtstündigen Arbeitszeit durchzuführen. Dafür traten rund 400.000 Beschäftigte aus 11.000 Betrieben der USA in den Streik, aber nur für etwa 20.000 Arbeiter konnte der Achtstundentag wirklich durchgesetzt werden. Das war zwar nur ein bescheidener Erfolg, aber die Bewegung breitete sich über Frankreich und Deutschland immer weiter aus und wurde zur internationalen Aktion.

Die Sozialdemokratische Partei (SPD) beschloss auf ihrem Hallenser Parteitag im Oktober 1890, den 1. Mai als dauerhaften »Feiertag der Arbeiter« in Deutschland einzuführen.

Einsatz beim Nachbarn

Politikverdrossenheit? Die AG beweist das Gegenteil!

Beim letzten Treffen der Arbeitsgemeinschaft »Junge GenossInnen« waren 18 Jugendliche anwesend. Der Tisch in der Geschäftsstelle in Neuruppin war erneut voll besetzt und die Stimmung war ausgezeichnet. Das zeugt keineswegs von Politikverdrossenheit in der Jugend. Im Gegenteil, unsere Arbeitsgemeinschaft zeigt, was die Jugend durch Teilhabe am politischen Prozess bewirken kann.

Am Wochenende vor der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt unterstützten wir, sieben Mitglieder der AG, unseren Nachbar-Landesverband erfolgreich beim Durchführen eines Infostandes und bei der Verteilung von Wahlzeitungen. Insgesamt wurden in der Altmark, im Landkreis Stendal, nahezu ganz Seehausen und vier umliegende Dörfer mit Infomaterial versorgt. Es war uns ein großes Anliegen, auch die umliegenden Dörfer zu versorgen, um deutlich zu machen, dass sich DIE LINKE in Stadt und Land für alle Menschen einsetzt.

Die Vernetzung mit anderen Landesverbänden muss ausgebaut werden, um Handlungsfähigkeit zu ermöglichen. Uns wurde die politische Unzufriedenheit der Bevölkerung von Sachsen-Anhalt im Bürgerdialog bewusst. Vor allem der demografische Wandel und die gegenwärtige Flüchtlingsproblematik machen der Bevölkerung und den Kommunen zu schaffen.

Kalenderblatt

Im April jährt sich der Tag, an dem sich in der damaligen sowjetischen Besatzungszone 1946 die beiden Arbeiterparteien KPD und SPD vereinigten. Parteivorsitzende wurden Wilhelm Pieck von der Kommunistischen Partei Deutschlands und Otto Grotewohl von der Sozialdemokratischen Partei.

Heute wird zwar von der deutschen Geschichtsschreibung behauptet, dass das nur unter Zwang geschah. Aber Zeitzeugen und viele andere wissen, dass die beiden großen deutschen Arbeiterparteien endlich die Lehren aus der Geschichte ziehen wollten: Auch aufgrund der Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung konnte der Faschismus erstarken und die Nazis 1933 die Macht ergreifen.

Es sei daran erinnert, dass auch in Neuruppin die Mehrheit der Genossen in SPD und KPD die Einheit der beiden Parteien endlich verwirklichen und einen



Wahlkämpfer in Seehausen Foto: David Hölker

Leider haben sich unsere Bemühungen und das Engagement der Sachsen-Anhaltiner Wahlkämpfer nicht in den Wahlergebnissen widerspiegelt. Das ist bedauerlich, jedoch gilt es nun, linke Politik zu machen und eine klare Kante gegen rechts aufzuzeigen.

Unsere Arbeitsgemeinschaft geht dennoch gestärkt und voller Enthusiasmus in den nächsten Wahlkampf nach Mecklenburg-Vorpommern.

*Justin König
Vorsitzender*

neuen, demokratischen Staat, soziale Gerechtigkeit und von Deutschland ausgehend Frieden wollten. Schon am 31. März 1946 fand im »Stadtgarten« die Neuruppiner Urabstimmung zur Vereinigung statt.

Dass die damit entstandene Sozialistische Einheitspartei - im damaligen Bündnis mit vielen anderen demokratischen Kräften - entscheidenden Anteil daran hatte, dass 1949 der neue Staat DDR gegründet wurde, nicht zuletzt gegen den erbitterten Widerstand der Kapitalistenklasse, bleibt eine geschichtliche Tatsache. Und vier Jahrzehnte DDR, in der immerhin 17 Millionen Menschen gelebt haben, sind aus der Geschichte nicht einfach so zu tilgen. Die deutsche sozialistische Bewegung sollte nur viele und die richtigen Lehren ziehen.

Eine Gedenktafel erinnerte bis 1989 in Neuruppin - OdF-Platz 10 (heute Wichmannstraße 16) - an das geschichtliche Ereignis. Sie ist allerdings verschwunden.

Bloß Landtagswahlen oder mehr?

Als sich am Abend des Wahlsonntags die Nachricht verbreitete, dass sowohl in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, aber vor allem in Sachsen-Anhalt die AfD sehr stark zugelegt hat, waren viele Bürger schockiert. Hatte man doch angenommen, dass sich die etablierten Parteien durchsetzen werden. Dass aber die AfD in unserem Nachbarland Sachsen-Anhalt aus dem Stand auf 24,2% kam und somit die zweitstärkste Kraft (was bisher DIE LINKE war) im Landesparlament wurde, war doch erstaunlich. Für uns LINKE bedeutet das, dass wir nicht mehr (wie sonst nach den letzten Wahlen) zweitstärkste politische Kraft in Sachsen-Anhalt sind. Wenn man sieht, dass die AfD-Wähler dort zu 37% Arbeiter und 38% Arbeitslose sind, die uns bisher wählten, braucht man sich nicht zu wundern, wenn Analysten festgestellt haben, dass 28.000 ehemalige Wähler der LINKEN jetzt zur AfD übergelaufen sind.

Ursachen analysieren

Was bedeuteten diese Wahlergebnisse für uns LINKE? Denn wir haben nicht nur in Sachsen-Anhalt verloren, in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz ist es uns wieder nicht gelungen, in den Landtag einzuziehen. Welche Schlussfolgerungen ergeben sich daraus? Ja, es stimmt, wir dürfen nicht resignieren, wie es Helmuth Markov auf unserer kürzlichen Regionalkonferenz sagte, aber wir müssen auch selbstkritisch hinterfragen, welche Fehler wir gemacht haben. Nur einfach davon auszugehen, dass wir die Partei der kleinen Leute und die einzige Anti-

Kriegspartei in Deutschland sind, reicht heute nicht mehr aus. Wir müssen uns die Frage stellen, ob wir wirklich noch »das Ohr an der Masse« haben. Helmuth Markov hat recht, als er sagte, dass es vor 10/15 Jahren kaum einen Verein, die Feuerwehr o. ä. gab, wo nicht ein LINKER Mitglied war - das hat sich heute massiv verändert. Alte GenossInnen sind ausgeschieden und Junge sind nicht nachgerückt. Diese Lücke haben, vor allem in Mecklenburg-Vorpommern, die NPD und andere Rechtspopulisten gefüllt. Diesen Zustand gilt es zu verändern, und dafür hat jedes einzelne Mitglied seinen Beitrag zu leisten. Es ist aber auch notwendig, die alte Streitkultur in unserer Partei neu zu beleben. Wenn man heute manchmal die Meinung hört, ich kann doch meinen Landesvorstand oder Landtagsabgeordneten nicht kritisieren, dann läuft etwas falsch.

In die Offensive gehen

Wenn wir feststellen, dass sich Wähler von uns abwenden, so müssen wir nachfragen, warum und weshalb? Diese, durch jedes einzelne unserer Mitglieder erfasste Problematik, müssen wir auswerten und darauf reagieren. Hierbei geht es nicht darum, »auf jeden blanken Haken« zu gehen, wie der Volksmund sagt, aber wenn sich bestimmte Dinge häufen, sollten wir reagieren. Wie das geht, zeigt beispielsweise die LINKE-Fraktion im Neuruppiner Stadtparlament. Immer öfter hört man, dass sich zwar die CDU in Neuruppin immer mehr in der Öffentlichkeit profiliert, aber die Sachthemen von den LINKEN angesprochen werden.

Wenn wir uns aber, und das ist die größte gegenwärtige Herausforderung, mit den rechtspopulistischen Auffassungen der AfD auseinandersetzen wollen, müssen wir uns mehr wappnen (siehe Infos zu einigen Schwerpunkten aus dem AfD-Programmwurf auf der nächsten Seite). Die Wähler und Anhänger der AfD pauschal als Nazis, Faschisten o.ä. zu beschimpfen, bringt uns überhaupt

nichts. Wir müssen, wie es auch Katja Kipping und Sahra Wagenknecht schon oft betont haben, den Menschen klar machen, dass die Ursachen für das Erstarken von AfD, PEGIDA und ihrer Ableger in einer verfehlten Politik der Bundesregierung liegen.

Ja, es ist eine Tatsache, die wir nicht leugnen können. Die Menschen in Deutschland haben eine wachsende Angst vor sozialem Abstieg, vor der Konkurrenz bei bezahlbaren Wohnungen und bei Arbeitsplätzen. Diese Angst hat sich die AfD zu eigen gemacht und zieht damit die Menschen an sich. Dass aber die Ursachen nicht in der Flüchtlingspolitik dieser Bundesregierung liegen, sondern in deren Politik, die von sozialer Ausgrenzung und sozialer Ungerechtigkeit gekennzeichnet ist, müssen wir deutlicher machen. Wir müssen diese große Koalition zwingen, sozialer zu werden und nicht vorrangig Kriegspolitik zu betreiben. Sozialer werden heißt: einen höheren und ausnahmslosen Mindestlohn, eine menschenwürdige soziale Grundsicherung, bezahlbaren Wohnraum, den Lebensstandard sichernde Renten und gute Arbeit.

»Wir müssen den Menschen die Angst vor Abstieg und Armut nehmen, damit die Auseinandersetzung nicht eine Auseinandersetzung von Inländern und vermeintlichen Ausländern ist. Dazu brauchen wir eine Sozialstaatsgarantie« (Bodo Ramelow, 16.3.2016).

Wie aber die führenden AfD-Politiker ticken, konnte man nach den Terroranschlägen am 22. März nachlesen. Die Europaabgeordnete Beatrix von Storch schrieb auf Facebook: »Viele Grüße aus Brüssel: Wir haben soeben das Parlament verlassen. Offenbar viele Tote am Flughafen und am Zentralbahnhof. Hat aber alles nix mit nix zu tun«. Und die Bundesvorsitzende Frauke Petry setzt noch einen drauf: »Der Traum vom bunten Europa ist kaputt, weggebombt zum wiederholten Mal! Akzeptiert es endlich! Zeit für Veränderungen«. Und sie drohte sogar: Die AfD sei mit ihrer »Identität als freiheitlich aufgeklärte Europäer« fest entschlossen, »diesem Treiben ein Ende zu setzen«.

Ein 90-Jähriger sagte dazu: »Ich habe Angst, Angst um meine Kinder und Enkel, Angst um mein Heimatland und ja, auch um ein friedliches Europa.«



Unter dem Motto »Asylrecht, Flüchtlingsschutz, Pressefreiheit - ohne Alternative! Vielfalt gestalten, Rechtspopulisten widersprechen!« nahmen wieder mehr als 120 Menschen an der zweiten Montagsdemo auf dem Neuruppiner Schulplatz teil. Foto: Jürgen Schubert

Agrargenossenschaften - eine demokratische Alternative zu landwirtschaftlichen Kapitalgesellschaften

Der aktuelle Strukturwandel in der Landwirtschaft besonders in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern ist geprägt durch das Eindringen kapitalstarker, oft landwirtschaftsfremder Investoren. Ohne eine größere öffentliche Wahrnehmung werden kapitalbestimmte Betriebe, also Agrar-GmbH oder Aktiengesellschaften einfach durch Dritte aufgekauft. Besonders auffällig waren in den letzten Jahren die Aktivitäten der KTG-AG, einer in Hamburg ansässigen Aktiengesellschaft, die bereits über 30.000 ha landwirtschaftliche Flächen bewirtschaftet.

Durch das Zulassen von Kapitalgesellschaften als Betriebsform in der bundesdeutschen Landwirtschaft nach 1989 und in Verbindung mit den ostdeutschen Agrarstrukturen sind Kapitalanleger zu einer bestimmenden Größe in der regionalen Entwicklung vieler Gemeinden in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern

geworden. Mit dem Einstieg ortsfremder Investoren nimmt die Fremdbestimmung zu, Einkommen und Gewinne fließen ab. Verlierer der Entwicklung sind die Menschen, die vor Ort leben und deren Einfluss- und Beteiligungsmöglichkeiten schwinden.

Mit dieser Entwicklung gewinnt die Frage nach Alternativen wieder an Aktualität. In einer Diskussionsveranstaltung am 24. März im Wittstocker Rathaus fanden rund 40 Teilnehmer Interesse an der Diskussion um die Möglichkeiten, die Agrargenossenschaften als eine demokratische Alternative zu dieser Entwicklung bieten. Die Bundestagsfraktion unter Federführung von Kirsten Tackmann hatte zu diesem Fachgespräch den ehemaligen Präsidenten des mitteldeutschen Genossenschaftsverbandes eingeladen. Dietmar Berger betonte in seinem einführenden Vortrag den auch heute noch geltenden Gemeinschaftsgedanken einer Genossenschaft,

in der Mitarbeiter und auch Landbesitzer Mitglieder sein können und in demokratischen Verfahren die betrieblichen Entwicklungen bestimmen. Dabei steht nicht als erstes die Gewinnmaximierung im Vordergrund, sondern der in der Satzung definierte Förderzweck, also zum Beispiel die Sicherung von Arbeitsplätzen und die nachhaltige Bewirtschaftung des Bodens.

In der Diskussion um den Sinn und Zweck von Genossenschaften erläuterte Berger, dass die Genossenschaften keine sozialistische Erfindung sind, sondern schon eine viel ältere deutsche Errungenschaft. Von der Schulze-Delitzsch-Gesellschaft wurde daher vor zwei Jahren bei der UNO beantragt, den Genossenschaftsgedanken zum Weltkulturerbe zu erklären.

DIE LINKE will in Zukunft das Thema Agrargenossenschaften auch im Westen mehr ins Gespräch bringen.

Andreas Bergmann

Da ist sie, die »Partei des kleinen Mannes«?

Es wird viel darüber diskutiert, was die AfD ist und will. Deshalb hat unsere Redaktion hier einige Schwerpunkte aus dem AfD-Programm zusammengefasst - besonders sozial sieht das aber nicht aus:

Aus dem Entwurf des AfD-Grundsatzprogramms

(Stand: 23.2.2016)

1. Sozialversicherung zerschlagen

Das staatliche Umlagesystem untergräbt die Selbständigkeit der Bürger und kann familiäre Strukturen unterlaufen. Deshalb müssen die Sozialsysteme reformiert werden.

- Erhöhung des Rentenalters: » Die Lebensarbeitszeit wollen wir parallel zum Anstieg der Lebenserwartung verlängern«.
- Die gesetzliche Unfallversicherung für Arbeitnehmer soll abgeschafft werden.

2. Alkoholiker und psychisch Kranke in Lager stecken

- Nicht therapierbare Alkohol- und Drogenabhängige sollen nicht mehr in Krankenhäusern, sondern in Sicherungsverwahranstalten untergebracht werden.

3. Alleinerziehende ausgrenzen

- Eine staatliche Unterstützung des selbst gewählten Lebensmodells »Allein-

erziehend« wird abgelehnt und soll keine staatliche Unterstützung mehr erhalten.

4. Kinder ab 12 Jahren in Haft bringen

- Auf volljährige Täter ist generell das Erwachsenenstrafrecht anzuwenden.
- Das Strafmündigkeitsalter ist auf 12 Jahre zu senken.

5. Die Arbeitslosenversicherung ist zu privatisieren

- Das ALG I soll privatisiert werden.
- Die Arbeiter sollen ganz auf die Arbeitslosenversicherung verzichten können, um das Geld zu sparen.

6. Hunderttausende Soldaten einziehen

- Alle männlichen deutschen Staatsbürger zwischen 18 und 28 Jahren sollen wieder Grundwehrdienst leisten. Die Ausbildung muss Kriegs- und Einsatzorientiert erfolgen.

- Frauen können freiwillig in den Streitkräften dienen. Ansonsten sollen sie zu anderen Arbeitsdiensten (Anm. d. Red.: Gab es das nicht schon einmal bei den Nazis?) eingezogen werden.

7. Für mehr CO₂-Ausstoß sorgen

- CO₂ ist kein Schadstoff, sondern ein unverzichtbarer Bestandteil des Lebens.
- Je mehr CO₂ es gibt, umso kräftiger fällt das Pflanzenwachstum aus.

8. Reiche geringer besteuern

- Analog zur Schuldenbremse soll eine

Steuer- und Abgabenbremse ins Grundgesetz.

- Erbschafts- und Gewerbesteuer sollen abgeschafft werden.

9. Wettbewerb schafft Freiheit

»Je mehr Wettbewerb und je geringer die Staatsquote, desto besser für alle«.

10. Staatlich kontrolliertes Fernsehen

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk/das Fernsehen sollen privatisiert werden. Sie sollen durch je 2 steuerfinanzierte Rundfunk- und Fernsehsender ersetzt werden.

11. Gegen Muslime und Juden hetzen

Alle traditionellen Rituale der Juden und Muslime sind zu verbieten.

Was ist die AfD also wirklich?

- Die AfD ist eine radikale Partei. Sie versucht mit Hetze gegen Ausländer, Juden und Muslime Deutschland radikal zu verändern.
- Sie ist gegen die Gleichberechtigung/Rechte der Frauen.
- Sie ist gegen die gesetzliche, soziale Absicherung von Beschäftigten.
- Sie stigmatisiert Alleinerziehende.
- Ihre Klimapolitik zerstört die Natur.
- Jeder, der nicht männlich, weiß und wohlhabend ist, wird von der AfD diskriminiert.

Das Atom sei Arbeiter und nicht Soldat

Diese Losung hing noch am Einlaufbauwerk, als ich zwei Jahre nach der Inbetriebnahme meine Arbeit im Kernkraftwerk Rheinsberg (KKWR) aufnahm. Der erste Kernenergiereaktor auf deutschem Boden war am 9. Mai 1966 in Betrieb gegangen. Es war die erste Anlage, die für die industrielle Energieerzeugung genutzt wurde.

Damit wurde technisches Neuland betreten und von der damaligen jungen Generation, die damit befasst war, auch angenommen. Beim Überwinden von Schwierigkeiten zeigte sich die Identifizierung mit diesem Werk. Schließlich wurde es bei einer gleitenden Projektierung errichtet, das heißt frisch vom Reißbrett in die Bauphase.

Zeitweilig waren bis zu 800 Arbeiter auf der Baustelle des Kraftwerkes und für die Infrastruktur einschließlich Wohnungsbau beschäftigt. Parallel dazu wurde ab 1960 mit dem Aufbau der Stammbesetzung begonnen.

Enge Zusammenarbeit mit Sowjetunion

Vorausgegangen waren Verhandlungen auf Regierungsebene mit der UdSSR, die schließlich in dem Kontrakt 903 mündeten, der 1956 abgeschlossen wurde. Weitere Verträge zur Lieferung der Hauptanlagen und zur Experten-Unterstützung beim Bau und bei der Inbetriebnahme folgten.

Die junge DDR wollte von Anfang an dabei sein, wenn es um die friedliche Ausnutzung der neuen vielversprechenden Energiequelle Atomenergie ging. Das war nur in Zusammenarbeit mit der Sowjetunion möglich, die das, heute würde man sagen, Know-how besaß und bereit war, es der DDR und den anderen sozialistischen Ländern zur Verfügung zu stellen.

Vor den frisch gebackenen Leitern der jungen Stammbesetzung stand auch die Aufgabe, die Einwohner von Rheinsberg und den umliegenden Gemeinden über die Machbarkeit des Kernkraftwerkes aufzuklären. Dabei ging es von der Beherrschbarkeit der gesteuerten Uran-

Kernspaltung bis zur Einbindung des Projektes in ein Naturschutzgebiet. Insgesamt gab es unter den Einwohnern weniger Widerstand als heute bei dem Bau einer Hochspannungsleitung oder von Windenergieanlagen. Soweit zur Vorgeschichte.



Rheinsberger Energie für den Norden
Bundesarchiv, Bild 183-1990-0427-403 / Junge, Peter Heinz / CC-BY-SA 3.0:

Elektroenergie für den Norden der DDR

Das KKW Rheinsberg war von 1966 bis 1990 insgesamt 130 000 Stunden im Betrieb. Seine abgegebene Elektroenergie in Höhe von 9.036 Gigawattstunden war vor allem für die Stabilität des Verbundnetzes in den Nordbezirken der DDR von Bedeutung. Denn es war bis 1974 die einzige nennenswerte Energieerzeugungsanlage nördlich Berlins. Besonders vorteilhaft war der Betrieb des KKWR in den Wintermonaten, in den oftmals Zeitverfügbarkeiten nahe 100 % erreicht wurden.

Damit ist auch bereits die primäre Aufgabe für das KKWR umrissen. Obwohl es zunächst mehr als Lehr- und Versuchskraftwerk gedacht war, unterlag es sehr schnell den objektiven Erfordernissen, und die Versuche bzw. die Erprobung von Werkstoffen und neuartigen Brennstoffkassetten für die WWER-1000 (Wasser-Wasser-Energie-Reaktor in Stendal) hatten sich dieser primären Aufgabe unterzuordnen.

Forschung für Lubmin

In Rheinsberg wurde nach der Inbetriebnahme aus den freiwerdenden Hoch- und Fachschulkadern ein Forschungsbereich aufgebaut, der stetig anwuchs und in den 80er Jahren etwa 120 Mitarbeiter hatte. In den ersten Jahren befasste sich dieses Forschungspotenzial mit der sicheren und

bestmöglichen Betriebsweise des Blockes in Rheinsberg. Recht bald wurde der sichere und optimale Betrieb der 440-MW-Blöcke in Lubmin der Schwerpunkt Nr. 1 in der Forschungstätigkeit. Später kamen auch einzelne Aufgaben für die 1000-MW-Blöcke hinzu. Die Forschung erfolgte in enger Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern im Inland und dem sozialistischen Ausland.

Und drittens war das KKW Rheinsberg auch Kaderschmiede. Allein in den Jahren 1968 bis 1972 gingen etwa 120 leitende Mitarbeiter und Spezialisten nach Greifswald zum dortigen KKW.

Ferner wurde 1969 beim KKW Rheinsberg eine Bildungsstätte geschaffen. Neu zur Kernenergie stoßende Mitarbeiter wurden in Grundlehrgängen mit den speziellen Besonderheiten vertraut gemacht. Für das Blockleitpersonal der 440-MW-Blöcke wurde 1973 ein Trainer in Betrieb genommen, mit dem alle Prozesse der Betriebsführung einschließlich Störfälle simuliert werden konnten. An dieser Einrichtung wurden auch Spezialisten aus der damaligen CSSR und der Ungarischen Volksrepublik ausgebildet und in Wiederholungslehrgängen trainiert.

Zum 50. mit guten Gefühlen

In der Zeit von 1966 bis 1990 wurde bewiesen, dass es möglich ist, mit einem sehr gut ausgebildeten Betriebspersonal, das mit hohem Engagement und Verantwortungsbewusstsein die Aufgaben erfüllt, ein Kernkraftwerk sicher zu betreiben. Es kam zu keiner Zeit in den Kernkraftwerken Rheinsberg und Greifswald zu einer unzulässigen Strahlenbelastung im Werk, geschweige denn in der Umgebung.

Insofern können die noch mit dem Abbau des KKW befassten Mitarbeiter als auch die sich im Ruhestand befindlichen den 50. Jahrestag der Inbetriebnahme des ersten KKW-Blockes in der damaligen DDR mit guten Gefühlen begehen.

*Franz Hilbert
Rheinsberg*

Anlässlich des 50. Jahrestages der Inbetriebnahme will die Stadt Rheinsberg gemeinsam mit dem KKW-Betreiber und dem Stadtgeschichtsverein am 9. Mai eine Feier, auch mit Vorträgen zur Geschichte sowie Betriebsbesichtigungen, durchführen.

Tradition fortgeführt

Über 100 Teilnehmer, darunter auch etliche Flüchtlinge und Mitglieder der Partei DIE LINKE, beteiligten sich am Ostermarsch der Initiative »Kyritzer Bürger für Frieden« in der Knatterstadt.

Im Rahmen dieser gelungenen Veranstaltung am Ostersonntag wurden der Bürgermeisterin der Stadt Kyritz, Frau Görke, die Unterlagen der Online-Petition »Offener Brief an die Bundeskanzlerin«, unterzeichnet von über 600 Unterstützern, zur weiteren Veranlassung übergeben.

Vielen Dank den Initiatoren Dr. Jörg Kannenberg, Kathrin und Sascha Boleslawsky.

Maren-S. Schulz
Kyritz

Für Ehrenamtliche

Der Verein ESTAruppin organisiert in Neuruppin gemeinsam mit dem Diakonischen Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz Schulungen für Ehrenamtliche in der Flüchtlingsarbeit. Folgende Themen werden angeboten:

• Einführung »Ehrenamtliche Deutschlernbegleitung«

Wann: **15.04.2016**, 17.00 bis 19.00 Uhr

Ort: ESTAruppin, Rudolph-Breitscheid-Str. 38

Referentin: Anna Pohl Schmidt, freie Trainerin

• Einführung »Asylrecht«

Wann: **20.04.2016**, 18.00 bis 20.00 Uhr

Ort: ESTAruppin, Rudolph-Breitscheid-Str. 38

Referentin: Nora Brezger, Beauftragte für Flüchtlingsarbeit im Ev. Kirchenkreis Teltow-Zehlendorf

• Einführung »Fluchtursachen«

Wann: **18.05.2016**, 18.00 bis 20.00 Uhr

Ort: ESTAruppin, Rudolph-Breitscheid-Str. 38

Referent: Sophia Wirsching, Referentin für Migration, Brot für die Welt

• Vertiefung »Interkulturelle Sensibilität« mit NGK

Wann: **21.05.2016**, 10.00 bis 14.00 Uhr

Ort: Netzwerkbüro Neuruppin

Referent: NN, Lebenswelt gGmbH

Für Ehrenamtliche ist die Teilnahme kostenlos. Anmeldung bitte per E-Mail an: m.doering@estaruppin.de.

Weitere Informationen sind auf der Internetseite des Vereins ESTAruppin zu finden: www.estaruppin.de.

Herzlichen Glückwunsch!

Zum Geburtstag gratulieren wir unseren Senioren:

Am	1.5.	Rita Büchner	Teetz	zum	61.
Am	5.5.	Ewald Greisert	Wittstock	zum	87.
Am	7.5.	Elfriede Seidel	Wittstock	zum	91.
Am	16.5.	Hans Schaefer	Neuruppin	zum	67.
Am	20.5.	Erich Krüger	Vielitz	zum	76.
Am	25.5.	Fritz Klame	Kränzlin	zum	87.
Am	29.5.	Sabine Reinbacher	Alt Ruppin	zum	66.

Auch allen anderen Geburtstagskindern unser herzlichster Glückwunsch!

Brot und Rosen



Chanson-Sängerin und Kabarettistin Jane Zahn

Foto: Rudi Menzel

Anlässlich des Internationalen Frauentages trafen sich 40 Teilnehmer der Basisgruppe Alt Ruppin der Brandenburgischen Freundschaftsgesellschaft e.V. und des Stadtverbandes der LINKEN aus Neuruppin im Restaurant »Zum Seebad« in Alt Ruppin, um diesen Tag feierlich zu begehen.

Unsere Bundestagsabgeordnete Kirsten Tackmann war eingeladen, und sie nahm sich auch die Zeit für ihre Neuruppiner Frauen. Die Kabarettistin Jane Zahn von der Kleinkunstbühne »Musikbrennerei« aus Rheinsberg gestaltete ein wunderbares satirisches und anspruchsvolles Programm. Es gelang ihr, mit diesem Frauentagsprogramm alle Frauen und die wenigen Männer zu begeistern und zum Nachdenken anzuregen.

Natürlich standen Frau und Mann im Mittelpunkt ihrer Darbietungen, z. B. »Was braucht die Frau zum Leben« und Lieder »Zum Frau- und Menschsein«. Die Lieder »Brot und Rosen«, »Schwester Möwe« und »So rot flammt das Laub« sowie einige in russischer Sprache vorgetragene Lieder begeisterten nicht nur unsere Frauen, sondern auch die Freundinnen aus der Ukraine und Tschetschenien.

Bei Kaffee und Kuchen vergingen die Stunden viel zu schnell. Allen, die am Gelingen der Feier beteiligt waren, gebührt unser herzlichstes Dankeschön, besonders unserer Jane Zahn. Es war eine wunderschöne Veranstaltung.

Das Lied »Brot und Rosen« hat mir besonders gefallen. Hier zur Einstimmung die erste Strophe:

Musik: R. Tresow, Text: Peter Maiwald.

Wenn wir zusammen gehen, geht mit uns ein schöner Tag.
Durch all die dunklen Küchen, und wo grau ein Werkshof lag,
beginnt plötzlich die Sonne unsre arme Welt zu kosen,
und jeder hört uns singen Brot und Rosen!

Gerda Menzel-Bismark

Mitglied der Freundschaftsgesellschaft

Unser Konto für Spenden und Einzahlungen:

DIE LINKE. Kreisvorstand OPR
IBAN: DE47 1606 1938 0001 6323 61,
BIC: GENODEF1NPP
Raiffeisenbank Ostprignitz-Ruppin eG

»nd« wird 70 - und lädt zum Feiern ein

Vom 22. bis zum 24.4.2016 feiert »neues deutschland« mit ndLive seinen 70. Geburtstag.

Am Freitag ab 18 Uhr heizen die Bands »Hasenscheiße« und »Rolando Random & The Young Soul Rebels« im eigens überdachten Innenhof des nd-Gebäudes mit Gitarren und Posaunen und gewitzten Texten für den Sonnabend vor. Ab 11 Uhr beginnt dann das Hauptprogramm mit Musik und Grill im Innenhof, gefolgt von Talkrunden



Auch Marx ist sicher wieder dabei.

Foto: nd/Anja Martin

zum Journalismus und der nd-Geschichte, Führungen durch die Redaktion, Ausstellungen, Lesungen, Filmen, Abendkonzerten, der »Best of Leserbrief-Show« und Redakteuren am DJ-Pult.

Am Sonntag warten ein Frühschoppen und die szenische Lesung des Briefwechsels zwischen Christa Wolf und Brigitte Reimann auf die Besucher, begleitet vom sinnlichen 20er-Jahre-Jazz von Anna Margolina & Band.

psch

Termine

(Aktualisierung auf www.dielinke-opr.de beachten)

Donnerstag, 21.04.16	Öffentliche thematische Mitgliederversammlung: »Kuba - Aufbruch oder Abbruch?« 17.30 Uhr, Neuruppin - Tempelgarten <i>Stadtvorstand DIE LINKE. Neuruppin u. der Sozialistenstammtisch laden ein</i>
Montag, 25.04./9.5.	Marxistischer Lesekreis 17.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Sonntag, 30.04.16	Feier zum 1. Mai Ab 17.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Sonntag, 01.05.16	Straßenfußball der Toleranz Ab 10.00 Uhr, Kyritz - Marktplatz
Sonntag, 01.05.16	Frühschoppen zum 1. Mai Ab 10.00 Uhr, Wittstock - Galerie Marktgasse
Sonntag, 01.05.16	Maigrillen der LINKEN Ab 11.00 Uhr, Fehrbellin, Berliner Allee
Montag, 02.05.16	Beratung des geschäftsführ. Kreisvorstandes DIE LINKE. OPR 17.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Montag, 02.05.16	Mitgliedertreffen DIE LINKE. RV Fehrbellin 19.00 Uhr, Fehrbellin - Bibliothek
Sonntag, 08.05.16	Kranzniederlegungen zum 8. Mai 11.00 Uhr, Fehrbellin - OdF-Platz 11.00 Uhr, Rheinsberg - Sowjetischer Ehrenfriedhof 11.00 Uhr, Wittstock - Sowjetischer Ehrenfriedhof und VdN-Denkmal <i>Bitte Tagespresse beachten!</i> Alt Ruppin, Kyritz, Neuruppin - Sowjetischer Ehrenfriedhof
Donnerstag, 12.05.16	Beratung des Regionalvorstandes DIE LINKE. Wittstock-Heiligengrabe 18.00 Uhr, Geschäftsstelle Wittstock, Marktgasse 2
Donnerstag, 12.05.16	Beratung des RV DIE LINKE. Kyritz-Neustadt-Wusterhausen 19.00 Uhr, Geschäftsstelle Kyritz, Wilsnacker Str. 1
Dienstag, 17.05.16	Beratung der Kreistagsfraktion DIE LINKE. OPR 18.30 Uhr, Geschäftsstelle Wittstock, Marktgasse 2
Mittwoch, 18.05.16	Beratung des Kreisvorstandes DIE LINKE. OPR 18.30 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13

Herausgeber: Kreisvorstand **DIE LINKE. OPR**
Schinkelstr. 13, 16816 Neuruppin

V.i.S.d.P. : Paul Schmudlach, E-Mail: kv@dielinke-opr.de

Redaktion: Jürgen Schubert (verantw. Redakteur), Christa Horstmann (ch-), Achim Müller, Marco Christian Wiese (MaC), Georg Albrecht

Kontakte

Dr. Kirsten Tackmann, Bundestagsabgeordnete der Fraktion DIE LINKE, Agrarpolitische Sprecherin, Obfrau im Ausschuss für »Ernährung und Landwirtschaft«.
Tel.: 030/22774309 Fax: 030/22776308
Funk: 0173/3804592
www.kirsten-tackmann.de

Wahlkreisbüro: Wilsnacker Str. 1, Kyritz
Wahlkreismitarbeiterin **Anette Bock**
Tel.: 033971/32857 Fax: 033971/32893
E-Mail: bock@kirsten-tackmann.de
Sprechzeiten:
Mo.-Do. 10.00 - 12.00 Uhr

Wahlkreisbüro: Schinkelstr. 13, Neuruppin
Wahlkreismitarbeiter **Paul Schmudlach**
Tel.: 033971/2383
E-Mail: schmudlach@kirsten-tackmann.de
Sprechzeiten:
Mo. 14.00 - 16.00 Uhr
Die. u. Do. 10.00 - 12.00 Uhr
Mi. 16.00 - 18.00 Uhr

Wahlkreisbüro: Marktgasse 2, Wittstock
Wahlkreismitarbeiter **Andreas Bergmann**
Tel.: 03394/4031363
E-Mail: bergmann@kirsten-tackmann.de
Sprechzeiten:
Die.-Do. 10.00 - 12.00
Do. 16.00 - 18.00

Wahlkreisbüro: Wilsnacker Str. 1, Kyritz
Landtagsabgeordnete **Margitta Mächtig**
Wahlkreismitarbeiterin **Anja Büchner**
Tel.: 033971/304941
E-Mail: maechtig@dielinke-opr.de
Sprechzeiten:
Die. u. Do. 08.00 - 15.00 Uhr

**DIE LINKE. Ostprignitz-Ruppin
Kreisgeschäftsstelle Neuruppin**
Schinkelstr. 13, Neuruppin
Tel.: 03391/655420 Fax: 03391/655422
www.dielinke-opr.de
E-Mail: kv@dielinke-opr.de
Sprechzeiten:
Die. u. Do. 10.00 - 13.00 Uhr
14.00 - 16.00 Uhr

Kreisgeschäftsführer **Hartmut Buschke**
Do. 10.00 - 12.00 Uhr

Kreisschatzmeister **David Hölker**
Mo. 14.00 - 16.00 Uhr
Mi. 16.00 - 18.00 Uhr

Geschäftsstelle Kyritz
Wilsnacker Str. 1, Kyritz
Tel.: 033971/72086 Fax: 033971/32893
E-Mail: bock@dielinke-opr.de
Sprechzeiten:
Die. 10.00 - 12.00 Uhr

Geschäftsstelle Wittstock
Marktgasse 2, Wittstock
Tel.: 03394/4031363/-64/-65
E-Mail: wittstock@dielinke-opr.de
Sprechzeiten:
Mo. u. Die. 09.00 - 15.30 Uhr
Mi. 09.00 - 12.00 Uhr
Do. 12.00 - 15.00 Uhr

Nicht redaktionell gekennzeichnete Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung des Herausgebers bzw. der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Recht zur auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor.

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe:
Erscheinungsdatum:

Fr., 29.04.2016
Mi., 11.05.2016